

Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob): BLS-Bauten im Riedbach Buech: PRD und Stadtplanung quo vadis?

Während die PRD und die Stadtplanung wertvolle Ressourcen u.a. für die Planung einer autofreien Schützenmatte und die Belange der Stadtnomaden einsetzen, arbeitete die BLS ein Projekt aus, das die Zerstörung wertvoller Furchtfolgefleichen in Riedbach/Buech vorsieht. Selbst ein offenbar als schützenswert eingestuftes Bauernhaus sollte abgerissen werden.

Sämtliche Grundsätze der Raumplanung und des Denkmalschutzes werden mit dieser Planung der BLS auf der „grünen Wiese“ diametral missachtet!

Der Stiftung für Landschaftsschutz erscheint das Projekt in Anbetracht der Raumplanung und des geforderten Schutzes von Kulturland als „sehr fragwürdig und nicht nachvollziehbar“. Es drohe, dass die Trennung zwischen der Stadtgrenze und dem traditionell geprägten Landwirtschaftsland durchbrochen werde (vgl. entsprechende Medienberichterstattung).

Auch erstaunt, dass die städtische Denkmalpflege wiederum (KaWeDe und Schönausteg-Einstieg!) offenbar nicht in den Planungsprozess eingebunden und vorgängig orientiert wurde. Bei der als schützenswert eingestuften KaWeDe wurde vom Sportamt ein Projekt geplant, ohne dass der Denkmalpfleger mit einbezogen war. Ebenfalls beim Schönausteg wurde ohne Beizug des Denkmalpflegers von Seiten des Sportamts geplant und Gelder und Zeit in den Sand gesetzt.

Die Interpellanten haben den Verdacht, dass angesichts der für die Bahnen vorteilhaften Bestimmungen der Eisenbahngesetzgebung und dem Untätigsein der PRD die BLS rasche das für sie einfachste Projekt durchsetzen wollte. Mit der vorgesehenen Planung droht der Verlust wertvollen Kulturlandes durch die Hintertür. Das ganze Gebiet droht dann überbaut zu werden. Der Umstand, dass offenbar die städtische Denkmalpflege und andere städtische Player und die QBB nicht orientiert wurden, könnte allerdings auch daran gelegen haben, dass der Stadt die geplante Werkstätte nicht ungelegen kommt, da sie in diesem Perimeter bauen will.

Es erstaunt, dass solche verhängnisvollen und zentralen Planungen ohne Kenntnisnahme und Zustimmung der PRD und der ihr unterstellten städtischen Denkmalpflege und dem Stadtplanungsamt überhaupt möglich war.

Im Zusammenhang mit diesen offenen Fragen werden nachstehend diverse Fragen eingereicht, um deren Beantwortung der Gemeinderat höflich gebeten wird:

Gleichzeitig wird in separater Eingabe eine Motion eingereicht, die den Gemeinderat dazu auffordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass diese verhängnisvolle Planung der BLS umgehend abgebrochen wird.

Fragen

- 1.1. Wie wurde die Stadt von Seiten der BLS über die Planung informiert?
- 1.2. Musste die PRD nicht wissen, dass die BLS eine neue Werkstädte bauen will?
- 1.3. Wenn Ja, was wurde von Seiten der Stadt unternommen?
- 1.4. Wenn Nein, warum wusste dies die Stadt nicht?
- 2.1. Fanden nie Gespräche/Orientierungen mit der BLS über ihre Planungen statt?
- 2.2. Wenn Nein, hätte die Stadt nicht von sich aus das Gespräch mit der BLS suchen müssen?
- 3.1. Wie war der Stadt in den Planungsprozess BLS Buech eingebunden?
- 3.2. Wie nahm die Stadt Einfluss auf die entsprechende Planung der BLS?
- 3.3. Wer nahm von Seiten der Stadt Einfluss?
4. War die PRD involviert?
- 4.1. Wenn Ja, wie?
- 4.2. Was hat sie konkret gegen die Planung unternommen?
5. Wenn Nein.
- 5.1. Warum nicht? Wer hat diese Unterlassung zu verantworten? BLS? Stadt selber?

- Wer genau?
- 5.2. War für die Stadt die Planung der BLS ein willkommener Anlass den ganzen Perimeter Buech früher oder später überbauen zu können? Stand das Projekt gar im Interesse der Stadt oder des STEK?
 - 5.3. Wenn Ja, wer traf diesen Entscheid?
 6. Wäre es nicht entscheidend gewesen von Seiten der Stadtverwaltung frühzeitig auf dieses Projekt einzuwirken?
 - 6.1. Wenn Ja, wieso ist die unterblieben? Wer trägt die politische Verantwortung?
 - 6.2. Wenn Nein, warum nicht?
 7. War die städtische Denkmalpflege in den Prozess involviert?
 - 7.1. Wenn Ja, wie? Warum hat sie nicht reagiert und sich der Planung widersetzt?
 - 7.2. Wenn Nein, warum nicht?
 - 7.3. Wie kann in Zukunft verhindert werden, dass sich solche Ereignisse, in denen die Denkmalpflege der Stadt Bern bei wichtigen Planungen (KaWeDe, BLS im Buch) aussen vor gelassen wurde, wiederholen?
 - 7.4. Wer trägt im Fall KaWeDe die politische Verantwortung?
 - 7.5. Was wurden aus dem Fall KaWeDe für Erkenntnisse gezogen?
 - 7.6. Wer trägt im Fall Schönausteg die politische Verantwortung?
 - 7.7. Was wurden aus dem Fall Schönausteg für Erkenntnisse gezogen?
 - 7.8. Warum passiert dies auch im Fall BLS wieder?
 - 7.9. Wer trägt im Fall BLS die politische Verantwortung?
 8. War die QBB und der Leist in den Prozess involviert?
 - 8.1. Wenn Ja, wie?
 - 8.2. Wenn Nein, warum nicht?
 - 9.1. Was für konkrete Massnahmen gedenkt der Gemeinderat vorzunehmen, um die Planung BLS Buch betr. des vorgesehenen Projektes zu verhindern?
 - 9.2. Können weitere Angaben über mögliche Standorte gemacht werden?
 10. Was für konkrete Massnahmen gedenkt der Gemeinderat vorzunehmen, damit sich solche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen?
 11. Können weitere Angaben über mögliche Standorte gemacht werden?

Begründung der Dringlichkeit

Die Zeit drängt. Die BLS plant nach Eisenbahngesetz. Es droht eine für Bern und den Stadtteil IV äusserst nachteilige Entwicklung. Die Planung muss unbedingt geändert werden.

Die gestellten offenen Fragen müssen auch im Hinblick auf die eingereichte dringliche Motion geklärt werden.

Bern, 26. März 2015

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Roland Iseli, Erich Hess

Antwort des Gemeinderats

Auf die in der Interpellation gestellten Fragen nimmt der Gemeinderat wie folgt Stellung:

Zu Frage 1.1:

Das Stadtplanungsamt wurde am 18. September 2013 durch die BLS AG eingeladen, um die Realisierungschancen möglicher Standorte einer Abstell- und Instandhaltungsanlage im Bereich Niederbottigen/Riedbach auszuloten. Das Fazit im Protokoll wurde durch die BLS Netz AG wie folgt festgehalten: „Die Projekte der BLS/SBB widersprechen der Strategie der Stadt Bern und entsprechend sind die Erfolgschancen sehr gering.“ Beim weiteren Vorgehen wurde u. A. eine „Vor-

frage“ (durch die BLS AG) mit entsprechenden Unterlagen beim Gemeinderat angeregt. Danach herrschte Funkstille, bis der Gemeinderat via Medien zu weiteren Informationen kam.

Zu Frage 1.2:

Siehe Antwort 1.1.

Zu Frage 1.3:

Die Stadt musste nach dem Gespräch vom 18. September 2013 nichts unternehmen, da sie davon ausgehen konnte, dass die BLS AG aufgrund des Gesprächs den Standort nicht weiterverfolgen wird und wenn sie ihn weiterverfolgen würde, gemäss Protokoll, eine offizielle Anfrage an den Gemeinderat erfolgen wird.

Zu Frage 1.4:

Siehe Antwort 1.1 und 1.3

Zu Frage 2.1:

siehe Antwort 1.1, weitere Kontakte fanden nicht statt.

Zu Frage 2.2:

Aufgrund des Gesprächs vom 18. September 2013 war das Vorgehen vereinbart. Es ist nicht Aufgabe der Vertreter der Stadt mit der BLS AG von sich aus Kontakt aufzunehmen, für eine Standort-idee der BLS AG, welche nicht der Strategie der Stadt Bern entspricht und diese der BLS AG mitgeteilt wurde.

Zu Frage 3.1:

Sie war nicht in den Planungsprozess eingebunden.

Zu Frage 3.2, 3.3, 4. und 4.1:

Siehe Antwort 3.1.

Zu Frage 4.2, 5 und 5.1:

Siehe Antwort 1.1.

Zu Frage 5.2:

Nein. Weder das Stadtentwicklungskonzept STEK 95 noch die gegenwärtigen Arbeiten am Stadtentwicklungskonzept STEK 15 sehen in Riedbach-Buch eine bauliche Entwicklung vor - auch nicht eine Bahninfrastruktur. Im Rahmen des Teilprojekts Evaluation einer möglichen Stadterweiterung wurden mehrere Ansätze einer Stadterweiterung im Gebiet Bern-West untersucht. Die Ansätze Riedbach und Buch wurden verworfen.

Zu Frage 5.3:

Siehe Antworten 5 bis 5.2

Zu Frage 6., 6.1 und 6.2:

Siehe Antwort 1.1.

Zu Frage 7:

Nein.

Zu Frage 7.1:

Siehe Antwort 7

Zu Frage 7.2:

Die BLS AG hat sie nicht einbezogen. Warum sie das Gespräch mit dem Gemeinderat und den Fachabteilungen nicht gepflegt hat, entzieht sich der Kenntnisse des Gemeinderats.

Zu Frage 7.3:

Die Verwaltungsstellen sind für die Belange der Denkmalpflege sensibilisiert.

Zu Frage 7.4:

Der Gemeinderat. Allenfalls das Volk, das den Gemeinderat gewählt hat.

Zu Frage 7.5:

Siehe Antwort 7.3.

Zu Frage 7.6:

Siehe Antwort 7.4.

Zu Frage 7.7:

In seiner Stellungnahme zum Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger): Planung Schönausteg: Sinnvolle Synergien nutzen! Keine unnötigen Planungskosten mehr!, die der Gemeinderat am 11. Juni 2014 zuhänden des Stadtrats verabschiedet hat, wird auf diese Frage eingegangen.

Zu Frage 7.8:

Siehe Antwort 7.2.

Zu Frage 7.9:

Innerhalb der Stadt trägt niemand die politische Verantwortung für die Handlungen der Verantwortlichen der BLS AG.

Zu Frage 8.0:

Nein.

Zu Frage 8.1:

Siehe Antwort 8.0.

Zu Frage 8.2:

Siehe Antwort 7.2.

Zu Frage 9.1:

Bevor der Gemeinderat Massnahmen vornimmt, muss das Projekt BLS-Werkstätte in Riedbach durch die BLS offiziell weiterverfolgt werden. Danach müssen die Erwägungen der BLS AG studiert und eine gesamtheitliche Betrachtung angestellt werden. Erst aufgrund dieser Grundlagen kann der Gemeinderat über die weiteren Schritte entscheiden.

Zu Frage 9.2:

Nein.

Zu Frage 10.0:

Der Gemeinderat erachtet das Vorgehen der BLS AG in diesem Fall als unüblich und einmalig, so dass sich solche Vorfälle kaum wiederholen dürften. Deshalb gedenkt er nichts weiter zu unternehmen. Es ist auch nicht in der Macht des Gemeinderats (Bahn)unternehmungen oder andere Körperschaften zu „disziplinieren“, insbesondere wenn sie Bundesvorschriften anwenden können.

Zu Frage 11.0:

Nein. Die BLS AG wird in dieser Angelegenheit selber kommunizieren.

Bern, 20. Mai 2015

Der Gemeinderat